



Deutschlands Zukunft liegt im freien Welthandel

Offene Märkte sind das Fundament
für den Wohlstand von morgen



Warum engagiert sich die Unionsfraktion so stark für den Freihandel?

Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land vom freien Welthandel. Der Anteil der Exporte am deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP), die so genannte Exportquote, liegt bei rund 40 Prozent. Etwa jeder vierte Arbeitsplatz hängt direkt vom Export ab. Gleichzeitig ist Deutschland insbesondere wegen seiner Abhängigkeit von Rohstoffen auf Importe angewiesen. Unsere Wirtschaft ist wie kaum eine andere in die globalen Wertschöpfungsketten und Warenströme eingebunden. Offene Märkte sind die Grundlage unseres Wohlstands.

Der freie Handel ist auch für die Weltwirtschaft insgesamt ein Wachstumsmotor. Volkswirtschaften, die auf den ungehinderten Austausch von Waren und Dienstleistungen setzen, sind konkurrenzfähiger und innovativer als solche, die sich abschotten. Die höhere Wertschöpfung führt zu steigenden Einkommen und begünstigt stabile politische Verhältnisse. Europa, Nordamerika und Ostasien sind dafür gute Beispiele. Intensive Wirtschaftsbeziehungen sind darüber hinaus ein Friedensprogramm. Wer miteinander Handel treibt, bleibt im Gespräch und versucht, Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt deshalb alles daran, den freien Handel in der Welt voranzubringen.

Wofür braucht man Freihandelsabkommen?

Deutschland verfolgt weiterhin das Ziel, weltweit geltende Freihandelsvereinbarungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) abzuschließen. Die Verhandlungen im WTO-Rahmen werden aber immer schwieriger, da eine Vereinbarung nur dann zustande kommt, wenn ihr alle 164 Mitgliedstaaten zustimmen. Die Prozesse dauern mitunter Jahrzehnte. Deshalb steigt die Tendenz zu Freihandelsabkommen mit einer überschaubaren Anzahl von Verhandlungspartnern. Die EU hat bereits über 30 bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen und strebt

weitere Vereinbarungen mit wichtigen Weltmärkten und Wachstumsregionen an, wie den USA und Kanada, aber auch zum Beispiel Japan und Indien.

Was wird in Freihandelsabkommen geregelt?

Freihandelsabkommen dienen dem Abbau von Handelshemmnissen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, den eigenen Markt zu schützen oder einheimischen Unternehmen einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Prominente Beispiele sind Einfuhrzölle oder die Subventionierung der eigenen Exporte. In letzter Zeit gewinnen darüber hinaus die Vereinbarung gemeinsamer technischer Standards und der Schutz von Investitionen immer mehr an Bedeutung. Freihandelsabkommen stecken faktisch den Zugang zu Märkten ab.

Warum brauchen Investitionen den Schutz von Schiedsgerichten?

Unternehmen, die in einem anderen Land investieren, wollen vor Diskriminierungen und willkürlichen Enteignungen geschützt werden. Unabhängige und unparteiische Gerichte wie in Deutschland sind aber leider nicht überall auf der Welt selbstverständlich. Investoren

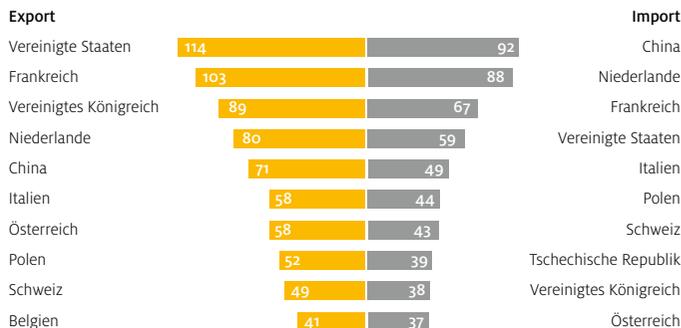
müssen deshalb verlässlich wissen, welche Rechte sie bei Streitigkeiten über Investitionen haben und wie sie diese geltend machen können. Das gilt besonders für kleinere und mittelständische Unternehmen, die sich keine eigene Rechtsabteilung in einem fremden Land leisten können. Aus diesem Grund gibt es Investitionsschutzverträge, die in der Regel die Einrichtung von unabhängigen Schiedsgerichten zur Streitbeilegung vorsehen. Deutschland allein hat seit den fünfziger Jahren mit rund 130 Staaten derartige Verträge abgeschlossen, die EU-Mitgliedstaaten insgesamt kommen auf rund 1.400. Die aktuell verhandelten Freihandelsabkommen streben eine weitere Modernisierung der Schiedsgerichtsbarkeit an. Sie sollen insbesondere die Unabhängigkeit der Gerichte und eine höchstmögliche Transparenz der Verfahren sicherstellen.

Welche Bedeutung hat der transatlantische Handel für Deutschland?

Seit 2015 sind die USA zum ersten Mal seit über 50 Jahren wichtigster Exportpartner Deutschlands. Allein im ersten Halbjahr 2015 stiegen die deutschen Exporte in die USA gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um über 20 Prozent. Für das Gesamtjahr 2015 betragen sie 114 Milliarden Euro. Auch für die EU insgesamt sind die USA seit vielen Jahren der

Die größten Handelspartner Deutschlands 2015

Vorläufiges Ergebnis in Milliarden Euro



Quelle: © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016

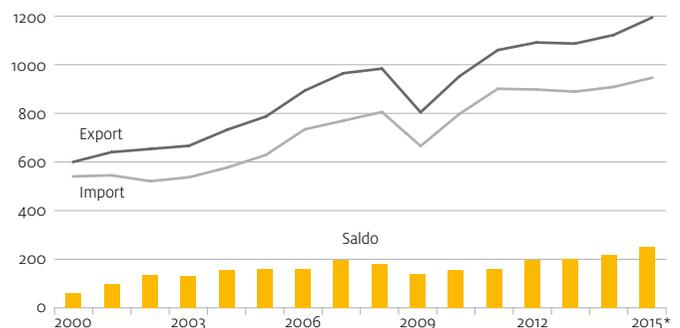
wichtigste Handelspartner. Gemeinsam erwirtschaften die USA und die EU fast 50 Prozent des weltweiten BIP und generieren ein Drittel des weltweiten Handels. Auch der Handel mit Kanada bietet gute Entwicklungschancen. Durch Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA würde die größte gemeinsame Freihandelszone der Welt mit über 800 Millionen Menschen entstehen.

Wofür stehen CETA und TTIP?

Das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist das modernste und umfassendste von der EU bisher verhandelte Abkommen seiner Art. Es wird die wirtschaftlichen Beziehungen zu Kanada, einem wichtigen demokratischen Partner und engem Verbündeten, weiter vertiefen und auf eine neue Grundlage stellen. Das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) soll darauf aufbauen. CETA ist unterschrieben und muss jetzt von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Bei TTIP ist der Verhandlungsprozess noch im Gang. Die entscheidende Phase liegt noch vor uns. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Verhandlungen auch weiterhin uneingeschränkt unterstützen. Wer CETA und TTIP ablehnt, entscheidet sich für Protektionismus und schadet den Interessen Deutschlands und der EU.

Entwicklung des deutschen Außenhandels

in Milliarden Euro



* vorläufiges Ergebnis

Quelle: © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016

Wie tragen CETA und TTIP dem Demokratieprinzip Rechnung?

Deutschland hat die Handelspolitik und die Zuständigkeit für ausländische Direktinvestitionen ganz bewusst auf die EU übertragen. Die EU hat wegen ihrer Größe eine wesentlich stärkere Verhandlungsposition. Deutsche und europäische Interessen lassen sich über die EU besser durchsetzen. Allerdings kommt kein Handelsabkommen ohne die Zustimmung des deutschen Vertreters im EU-Ministerrat und ohne Abstimmung im Europäischen Parlament zustande. Enthält ein Abkommen Regelungen, die sowohl in die Zuständigkeiten der EU als auch in die der Mitgliedstaaten fallen, müssen zusätzlich die nationalen Parlamente zustimmen.

Die Regelungen stellen sicher, dass kein EU-Mitgliedstaat „überfahren“ werden kann. Die Verhandlungen zu CETA und TTIP wurden und werden zudem mit noch nie da gewesener Transparenz geführt. Interessierte können sich jederzeit im Internet über den aktuellen Stand der Gespräche informieren.

Wie sichern CETA und TTIP Verbraucher-, Umwelt- und andere Schutzstandards

Zwischen den Verhandlungspartnern besteht Übereinstimmung, dass die jeweiligen Verbraucherschutz- und Umweltstandardniveaus nicht angetastet werden. Das im europäischen Recht verankerte Vorsorgeprinzip, wonach Schäden an Umwelt oder Gesundheit erst gar nicht entstehen dürfen, bleibt unberührt. TTIP und CETA bieten vielmehr die Chance, die im weltweiten Vergleich sehr hohen europäischen und nordamerikanischen Standards beim Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz auch international durchzusetzen. Sie können so zum Maßstab für spätere bilaterale oder globale Abkommen werden.

Scheitern die Verhandlungen zu TTIP und CETA, werden die globalen Schutzstandards hingegen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr von Europa und seinen transatlantischen Partnern gesetzt, sondern von anderen aufstrebenden Wirtschaftsmächten, wie z. B. China oder den südostasiatischen Staaten. In diesen Ländern ist das Schutzniveau wesentlich niedriger. Ein Scheitern von TTIP würde es wesentlich schwerer machen, hohe Verbraucherschutzstandards weltweit durchzusetzen. Daran kann niemand ein Interesse haben.

Können Kommunen die Daseinsvorsorge weiterhin allein regeln?

Der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge wird von CETA nicht angetastet. Das Abkommen enthält spezielle Schutzregeln für Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheit oder soziale Dienstleistungen. CETA schränkt die Spielräume der Kommunen zur Organisation ihrer Daseinsvorsorge in keiner Weise ein. Auch für TTIP haben die Verhandlungspartner die Unantastbarkeit nationaler Regeln zur Sicherung der hohen Qualität der kommunalen Dienstleistungen bestätigt. Darauf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Anfang an großen Wert gelegt.

Warum geht die Bedeutung von TTIP über den Freihandel hinaus?

Gerade vor dem Hintergrund der immer größer werdenden globalen Herausforderungen bleibt Nordamerika der wichtigste strategische Partner für Europa. Mit keiner anderen Region haben Deutschland und Europa so viele gemeinsame Interessen. Das gilt besonders für unsere Werte und die Vorstellung von politischer Freiheit. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Partnerschaft mit Nordamerika auch im 21. Jahrhundert ein Garant für Frieden und Wohlstand in der Welt.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse und Information
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Stoba-Druck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Titel (Fotomontage): www.istockphoto.com/
Catharina van den Dikkenberg, [www.fotolia.de/Ralf Gosch](http://www.fotolia.de/Ralf_Gosch);
Innenseite: www.fotolia.de/ake1150

Bundestagsdrucksachen

18/9663 Comprehensive Economic and Trade Agreement
(CETA) – Für freien und fairen Handel;
Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
„JA zu TTIP! Chancen nutzen, Interessen wahren, Zukunft
gestalten“ vom 21.9.2015

Stand

November 2016

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
dient ausschließlich der Information. Sie darf während
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung
verwendet werden.

**Weitere Publikationen kostenlos zu bestellen unter
www.cducsu.de/publikationen.**